

Niederschrift



Gremium: **24. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses**
Sitzungsdatum: **Dienstag, den 25.01.2011**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**
Beginn: 14:00 Uhr Ende: 15:52 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:
Martin Sailer

Mitglieder:
Manfred Buhl
Renate Durner
Annemarie Finkel
Sabine Grünwald
Sabine Höchtl-Scheel
Fritz Hölzl
Gabriele Huber
Karl Heinz Jahn
Alexander Kolb
Paul Reisbacher
Dr. Max Stumböck
Carolina Trautner
Bernhard Walter
Frank Weiher

Verwaltung:
Armin Falkenhein
Jürgen Pabel
Michael Püschel
Martin Seitz
Kerstin Zoch

Schriftführerin:
Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen - Schulraum;
Antrag CSU-Fraktion vom 24.11.2010
Vorlage: 11/0002
2. Kreishaushalt 2011 - 2. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs
Vorlage: 10/0344
3. Verschiedenes
4. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

5. Mietvertrag mit Schulverband Diedorf für Räume Gymnasium Diedorf
Vorlage: 11/0004
6. Umbau und Sanierung Sporthalle an der Realschule Bobingen;
Vereinbarung zur Schulmensa
Vorlage: 11/0005
7. Geschäftsführung Klostermühlenmuseum Thierhaupten;
Bekanntgabe einer dringlichen Anordnung
8. Geschäftsführung Klostermühlenmuseum Thierhaupten;
Geschäftsführung ab dem 01.04.2011
Vorlage: 11/0007
9. Verschiedenes
10. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen - Schulraum;
Antrag CSU-Fraktion vom 24.11.2010
Vorlage: 11/0002**

Anlagen: Antrag vom 24.11.10, Kreistagsfraktion CSU

Sachverhalt:

Mit beigefügtem Schreiben vom 24.11.2010 beantragt die Kreistagsfraktion der CSU:

1. „Die defekte WC-Anlage und die defekten Anlagen des Sonnenschutzes sind unverzüglich instandzusetzen.
2. Zur vorübergehenden Beseitigung der Raumenge ist zu prüfen, inwieweit freie Raumkapazitäten in der Franziskussschule, der Hauptschule und der Familienstation zur Verfügung stehen.
3. Andernfalls ist die Aufstellung von Containern vorzunehmen.
4. Eine Generalsanierung ist ab 2015 ff in die Investitions- und Finanzplanung aufzunehmen.“

Im Zuge des Bauunterhalts ist der Hochbau dabei, die defekte WC-Anlage instandzusetzen. Beim Sonnenschutz wurden 2010 bereits übergangsweise innenliegende Vorhänge in den Räumen mit defekten Außenjalousien angebracht, da die Instandsetzung der defekten Außenjalousien mehr als 25.000 € kosten wird und bei einer Fassadensanierung jedoch wieder entfernt werden müssten. Bisher ging die Verwaltung von einer Generalsanierung ab 2015 aus.

Die Raumsituation des Paul-Klee-Gymnasiums war Beratungsgegenstand in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 28.9.2010 (Vorlage 10/0202). Das von der Verwaltung vorgelegte Bauprogramm wies einen Fehlbedarf von rund 1.300 qm nach (Soll 7.092 qm, Ist 5.768 qm).

Dargelegt wurde auch, dass in der Hauptschule kein anmietbarer Schulraum zur Verfügung steht, dies hat die Stadt Gersthofen auf Nachfrage mit Schreiben vom 6.8.2010 dem Landkreis mitgeteilt.

In der Franziskussschule herrscht ebenso Raummangel. Deshalb wird das Ganztagsangebot aktuell nicht mehr erweitert und sich mit Raumumnutzungen behelfen.

Freie Raumangebote der Familienstation sind nicht bekannt. Dies wird derzeit noch geklärt.

In die Haushaltsplanung 2011 wurden daher nachträglich (Zusatzliste) 20.000 € für die Aufstellung von 5 Schulraumcontainern ab September 2011 und deren Ausstattung mit 25.000 € angemeldet.

Der Schul- und Kulturausschuss fasste am 28.9.2010 folgenden Beschluss:

„Der Schul- und Kulturausschuss nimmt den derzeitigen Stand des Bauprogramms zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird damit beauftragt, das vorliegende Bauprogramm mit der Regierung von Schwaben als Grundlage für weitere Planungen abzustimmen und dann abschließend dem Schul- und Kulturausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Die Regierung von Schwaben wurde von der Verwaltung eingeschaltet, die Prüfungen der langfristigen Schülerentwicklung und des sich daraus ergebenden Raumbedarfs laufen noch.

Im Investitionshaushalt wurde die Generalsanierung für 2015 ff angemeldet.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input checked="" type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. 2351.5390 2351.9350 €
			45.000 €
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten): €	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine €	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: €	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): €

Bemerkungen:

Kreisrat Hölzl legt dar, dass Grund für den Antrag ein Schreiben der Schulleitung des Gymnasiums Gersthofen gewesen sei, in dem darum gebeten wurde, sich vor Ort über die Situation zu informieren. Er habe mit dem Schulleiter daraufhin Kontakt aufgenommen und ange-regt, eine Fraktionssitzung in Gersthofen einzuberufen. Zur Sache selbst möchte sich Kreisrat Hölzl nicht mehr äußern. Dies sei im Sachverhalt ausreichend dargestellt.

Kreisrat Buhl erklärt, er sei deshalb überrascht, weil es noch gar nicht lange her sei, dass das Schulgutachten vorgelegt wurde, das auch alle Schulen zur Kenntnis bekommen haben. Damals habe niemand aufgeschrien, während im Juli vorigen Jahres mitgeteilt wurde, dass eine riesige Platznot vorhanden sei. Wenn die WC-Anlagen defekt und der Sonnenschutz marode seien, dann sei auch zu hinterfragen, wie es um den Bauunterhalt an den Schulen bestellt sei. Dies müsse doch jemand bemerkt haben. Kreisrat Buhl betont, er sei verwundert über die späte Reaktion der Schule, könne den heute vorgetragenen Punkten aber zustimmen.

Kreisrat Hölzl stimmt der Aussage von Kreisrat Buhl zu. Er habe dies zunächst deshalb über-gangen, weil er nach vorne schauen wollte. Kreisrat Hölzl erinnert daran, dass er wäh-rend der gesamten IZBB-Baumaßnahmen die Sitzungsleitung bei sämtlichen Sitzungen hat-te. Weder bei den Ortsterminen noch bei den Sitzungen selbst wurden diese Mängel zur Kenntnis gebracht. Im Sachverhalt werde nun vorgeschlagen, bezüglich der WC-Anlagen sofort in die Offensive zu gehen. Bezüglich des Sonnenschutzes habe sich die CSU-Fraktion beraten und wäre damit einverstanden, wenn diese Maßnahme im Zuge der Generalsanie- rung in Angriff genommen würde.

Dass es in den umliegenden Schulen kein Raumangebot gebe, werde von der CSU-Fraktion so zur Kenntnis genommen. Im Ergänzungsblatt zu den Haushaltsberatungen sei man dem Antrag der CSU-Fraktion schon so weit entgegen gekommen, dass 20.000 € für die Aufstel- lung von 5 weiteren Containern sowie Kosten für die Ausstattung in Höhe von 25.000 € vor- gesehen werden. Kreisrat Hölzl erklärt, die CSU-Fraktion wäre mit der Behandlung ihres An- trages so einverstanden, wenn dann ab 2015 mit der Generalsanierung begonnen würde und die erforderlichen Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Dies wurde in einer der vo- rausgegangenen Sitzungen auch bereits entsprechend angedacht.

Von **Kreisrat Weiher** wird angemerkt, seiner Fraktion bereite die neuerliche Aufstellung von Containern Bauchschmerzen. In der Vorlage stehe zwar, dass schon alle Möglichkeiten ab- geklopft wurden und keine Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Die FW-Fraktion bitte aber

um nochmalige Prüfung, ob es nicht doch noch eine Möglichkeit gebe, die Klassen anderweitig unterzubringen. Eventuell finde sich sogar eine Lösung in Zusammenarbeit mit der Außenstelle Diedorf. Es wäre auf jeden Fall sinnvoller, die für die Container vorgesehenen Gelder gleich in den Baukörper zu investieren.

Landrat Sailer meint, es mache Sinn, diese Maßnahmen mit Blick auf die Generalsanierung zu betrachten. Die konkrete Raumnot sollte man von dieser Diskussion allerdings ein Stück weit trennen. Es sollte jetzt abgewartet werden, wie sich die Schülerzahlen zum Schuljahreswechsel abbilden, wenn der doppelte Abiturjahrgang die Schule verlasse. Dann werde ersichtlich sein, ob und in welcher Form tatsächlich noch Raumbedarf bestehe. Anschließend sollte die Thematik mit der Schulleitung gemeinsam besprochen und versucht werden, für die Übergangszeit eine vernünftige Lösung zu finden.

Kreisrat Walter erklärt, ihn habe es schon erstaunt, dass der doppelte Abiturjahrgang keine Raumkapazitäten frei mache, weil anscheinend mit entsprechend vielen Neuanmeldungen gerechnet werde. Insofern sei es sicher sinnvoll, diese Zahlen abzuwarten. Kreisrat Walter bittet darum, im Laufe des Jahres eine der Sitzungen im Gymnasium Gersthofen abzuhalten, um sich vor Ort ein Bild verschaffen zu können.

Daraufhin verweist **Kreisrat Buhl** auf das vom Bau- und Umweltausschuss erarbeitete Zeitraster für sämtliche Investitionen. Dieses Zeitraster sollte auch einmal den Mitgliedern des Kreisausschusses und des Schul- und Kulturausschusses zur Kenntnis gegeben werden. Bezüglich des Schulgutachtens stelle sich die Frage, ob die Verwaltung selbst in der Lage wäre, dieses aufgrund neuerer Zahlen zu aktualisieren. Die Container könnten nur ein Notnagel sein, so Kreisrat Buhl. Er habe jedoch vorhin noch mit dem Bürgermeister von Gersthofen telefoniert. Dieser habe gegenüber Landrat Sailer bereits signalisiert, dass es vielleicht doch noch andere Möglichkeiten gäbe.

Kreisrat Hölzl erklärt, dass es positiv wäre, wenn die Aufstellung von Containern zumindest teilweise vermieden werden könnte. Die Mittel sollten aber auf jeden Fall bereitgestellt werden.

Von **Kreisrätin Grünwald** wird angemerkt, dass der Beschluss in Abhängigkeit von der Anzahl der Einschreibungen gefasst werden sollte.

Kreisrätin Finkel stellt fest, dass in der Vorlage von 45.000 € gesprochen werde, auf den Landkreis durch die Aufstellung der Container aber noch wesentlich mehr Kosten zukommen werden.

Landrat Sailer legt dar, dieser Betrag beinhalte die Beschaffung und die Innenausstattung. Hinzu komme noch die Miete. **Herr Falkenhein** teilt ergänzend dazu mit, dass mit knapp 50.000 € Miete pro Jahr gerechnet werden müsste.

Kreisrätin Finkel macht deutlich, dies sei ein Grund dafür, nochmals an den Bürgermeister der Stadt Gersthofen zu appellieren, um die Aufstellung der Container vermeiden zu können.

Landrat Sailer gibt zu verstehen, dass nun grundsätzlich die Voraussetzungen geschaffen werden sollten, reagieren zu können. Im Detail warte man jedoch noch ab, ob man auch tatsächlich reagieren müsse. Es sollte gemeinsam geprüft werden, ob zum Schuljahresbeginn 2011/12 zusätzliche Räume benötigt werden. Entsprechende Mittel für die Container sollten im Haushalt jedoch vorsorglich bereitgestellt werden. Sobald Näheres bekannt sei, werde hierüber im Ausschuss wieder berichtet.

Zur Frage von **Kreisrat Buhl** nach der Fortschreibung des Schulgutachtens führt **Herr Püschel** aus, dass man nun die Spitze bei den Schülerzahlen erreicht habe. Im Prinzip müsse es ab jetzt mit den Schülerzahlen bergab gehen. Die Frage sei jedoch, ob sich möglicher-

weise die Übertrittsquoten und damit die Verhältnisse zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium nochmals geändert haben. Das Gutachten sei so angelegt, dass die aktuellen Übertrittsquoten relativ schnell eingearbeitet werden können. Dies koste nicht viel und sollte auch gemacht werden. Herr Püschel gibt jedoch zu bedenken, dass die Anzahl der Kinder, die auf weiterführende Schulen übertreten, schon erfasst sei und abnehmen werde. Die Frage sei lediglich noch, an welchen Schulen dies der Fall sein werde. Selbst wenn eine Hauptschule heute noch keine Kapazitäten frei habe, so könnte dies in der näheren Zukunft dennoch der Fall sein. Unabhängig von der Frage der Notwendigkeit der Generalsanierung werde sich somit schon die Frage stellen, wie weit tatsächlich noch Kapazitäten erhöht werden müssen.

Herr Falkenhein fügt ergänzend an, dass das Gutachten vor Raumknappheit gewarnt hätte. Im Gutachten zum neuen Gymnasium stehe, dass im Paul-Klee-Gymnasium bis zum Jahr 2015 mit Engpässen von bis zu 4 Räumen zu rechnen sei. Beim Paul-Klee-Gymnasium sei außerdem eine nach oben abweichende Schülerentwicklung zu beobachten, die in der Prognose etwas über dem im Gutachten dargestellten Toleranzbereich liege

Beschluss:

Vor dem Hintergrund des Ausscheidens des doppelten Abiturjahrgangs und der Einschreibezahlen aller Schulen vor Ort ist in Gesprächen mit der Schulleitung und dem Bürgermeister der Stadt Gersthofen zu klären, ob und in welchem Umfang zum Schuljahresbeginn 2011/12 noch Engpässe bestehen.

Die Aufstellung von Containern soll durch die Einstellung von Finanzmitteln in den Haushalt 2011 ermöglicht werden.

Die Generalsanierung des Gymnasiums Gersthofen soll in der Finanzplanung ab dem Jahr 2015 ff. vorgesehen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

**TOP 2 Kreishaushalt 2011 - 2. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs
Vorlage: 10/0344**

Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2011 (Stand: 29.10.2010) wurde am 15.11.2010 in den Kreistag (Vorlage 10/0255) eingebracht und bezüglich seiner Eckwerte vorgestellt. Der Verwaltungsentwurf ging von einem ungedeckten Bedarf in Höhe von 8.092.800 € aus. Daneben befanden sich auf Zusatzlisten hinzu kommende Einzelpositionen. Zum Abgleich des Vermögenshaushaltes war eine Kreditaufnahme in Höhe von 18.334.900 € enthalten. Bei Berücksichtigung von Einzelpositionen auf Zusatzlisten würden sich diese Beträge verändern.

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2011 wurde inzwischen in einer ersten Lesung behandelt, und zwar am

23.11.2010 im Schul- und Kulturausschuss,
25.11.2010 im Bau- und Umweltausschuss,
29.11.2010 im Jugendhilfeausschuss,
01.12.2010 im Ausschuss für Personal, EDV und Organisation und
06.12.2010 im Kreisausschuss.

Haushaltsklausuren der CSU-, SPD-, FW-, FDP- sowie Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktionen werden am 14. und 15.01.2011 stattfinden.

Veränderungen, die sich gegenüber dem Ausgangsstand vom 29.10.2010 ergeben haben, wurden mit separater Post nachgereicht.

Neben den eingetretenen Veränderungen ist zu berücksichtigen, dass immer noch nicht alle erforderlichen Eckwerte, die auf einen Abgleich des Kreishaushaltes 2010 Einfluss nehmen können, bekannt sind. Außerdem wären über die in der Zusatzliste enthaltenen Einzelpositionen, die im bisherigen Zahlenwerk noch nicht enthalten sind, Entscheidungen sowie Eckwertebeschlüsse herbeizuführen.

Bereits am 16.12.2010 hat der Bezirkstag über die Höhe der Bezirksumlage 2011 entschieden. Die Auswirkungen der beschlossenen Bezirksumlageerhöhung um 2,5 %-Punkte werden insbesondere in der Fortschreibung der Kreisausschussvorlage beschrieben.

Deshalb enthält die Verwaltungsvorlage nach wie vor große Unwägbarkeiten. So sind auch noch nicht alle Finanzausgleichsleistungen verbindlich festgelegt (z. B. stehen verbindliche Bescheide über Finanzausweisungen, Schlüsselzuweisungen, Krankenhausumlage, ÖPNV-Zuweisungen und Investitionspauschalen noch aus).

Nähere Einzelheiten erfolgen im Zuge der Beratungen durch die Landkreisverwaltung.

Herr Seitz geht insbesondere auf die in der Zusatz- und Fortschreibungsliste enthaltenen Positionen ein.

HhSt. 2001.6550, Fortschreibungsliste (Sachverständigenkosten – Begutachtung Schülerverkehr)

Herr Seitz legt dar, es gehe bei dieser Position nicht um die Begutachtung der Schülerverkehre im Sinne einer Qualitätskontrolle, sondern darum, dass man die vorgelegten Fahrpläne der Busunternehmer sowie die eine oder andere noch im Raum stehende Nachforderung nochmals kontrollieren lassen wollte. Diese Kontrollen hätten über den Jahreswechsel stattgefunden. Die Rechnung hierzu werde in den nächsten Wochen eingehen, so dass hierfür 4.000 € in den Haushalt einzustellen wären.

Lfd. Nr. 2 b, Fortschreibungsliste (Ganztagsbetreuung – Zuschüsse für Mittagessen)

Der Freistaat Bayern hat darauf hingewiesen, dass er aufgrund der beabsichtigten Änderung im Zusammenhang mit der Hartz IV-Reform (angemessene Mittagsbetreuung für bedürftige Schüler) seinen Zuschuss aufgrund des Verbots der Doppelförderung wegfallen lassen wird. Die ursprünglich in den Haushalt eingestellten 22.000 € Staatszuschuss wurden deshalb aus dem Haushalt wieder herausgenommen. Zu den in den Haushalt eingestellten eigenen Mitteln habe man sich darauf verständigt, die Bezuschussung des Mittagessens nicht sofort, sondern erst mit Ende des Schuljahres einzustellen. Deswegen erfolgte eine Ansatzreduzierung von bisher 24.200 € um 16.700 € auf 7.500 €.

Lfd. Nr. 58 a, Zusatzliste (Realschule Zusmarshausen – Freiwilliger Zuschuss an Schulverband Zusmarshausen für Sanierung Schwimmbad)

Mittlerweile hat sich der Ausschuss in einer zurückliegenden Sitzung mit dem zusätzlichen Bedarf einer Sportstätte auseinandergesetzt. Während der Haushaltsklausuren wurde den Fraktionen ein E-Mail-Schriftwechsel zwischen dem Bürgermeister und Vorsitzenden des Schulverbandes und Herrn Püschel ausgehändigt. Darin wurde der Zuschussbedarf zur Sanierung des Schwimmbades dahingehend konkretisiert, dass der Schulverband damit einverstanden wäre, wenn der Investitionszuschuss verteilt auf 3 Jahre geleistet würde. In den Haushalt 2011 wären somit 350.000 €, in den Haushalt 2012 nochmals 350.000 € und in den Haushalt 2013 die restlichen 300.000 € aufzunehmen.

Kreisrat Jahn informiert über seine letzten Informationen, wonach ein Betrag von 900.000 € zu bezahlen sei, der sich auf 3 Raten zu jeweils 300.000 € aufteile.

Landrat Sailer erinnert daran, dass vor zwei Jahren 3,5 Mio. € für die Erweiterung der Realschule Zusmarshausen veranschlagt wurden. Anschließend habe die Mittelschuldiskussion stattgefunden. Zudem sei der Austritt der Gemeinde Altenmünster aus dem Schulverband erfolgt. Es wurde dann versucht, alle Überlegungen zusammenzuführen und festgestellt, dass für die Realschüler ein Bedarf für eine weitere gedeckte Sportstätte bestehe, der abgedeckt werden sollte. Für die Mittagsbetreuung sei inzwischen ein Haushaltsansatz von etwa 2,9 Mio. € eingeplant. Ein entsprechender Beschluss wurde vom Bau- und Umweltausschuss gefasst. Nachdem immer wieder erklärt wurde, dass insgesamt von einem Ansatz von 3,5 Mio. € ausgegangen werde, stünden nun noch knapp 700.000 € für die Bezuschussung des Schwimmbades zur Verfügung. Es sei aber auch klar, dass den Landkreis eine eigene gedeckte Sportstätte sehr viel mehr kosten würde.

Für 2011 und auch die weiteren beiden Jahre sollte deshalb jeweils ein Betrag von 300.000 € eingestellt werden. Damit nähere man sich an den damals dem Schulverband in Aussicht gestellten Betrag an und finanziere mehr als die ursprünglich veranschlagten 3,5 Mio. €.

Die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses erteilen ihre Zustimmung zu dieser Vorgehensweise.

In diesem Zusammenhang informiert **Kreisrat Walter** über eine weitere Frage, die im Schulverband besprochen wurde. Das gesamte Schulzentrum werde von der Heizanlage der Realschule mit versorgt. Entsprechende Prüfungen hätten ergeben, dass diese Heizung nicht mit einem Pufferspeicher ausgestattet, dies für eine Hackschnitzelheizung in dieser Größenordnung aber eigentlich üblich sei. Kreisrat Walter regt an, zu prüfen, ob ein solcher Pufferspeicher noch irgendwo untergebracht werden könnte, da dies bei der Heizzentrale selbst platzmäßig offensichtlich nicht möglich sei. So könnte man wieder etwas weiter von der Gasversorgung und damit von fossilen Brennstoffen wegkommen.

Landrat Sailer nimmt diese Anregung auf, über die der Bau- und Umweltausschuss beraten sollte.

Der Schul- und Kulturausschuss beschließt, einen ersten Ansatz in Höhe von 300.000 € sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 600.000 € in den Haushalt aufzunehmen.

Kreisrat Jahn meint, dass aufgrund des Bau- und Umweltausschusses zur Mittagsbetreuung die Beträge auf Seite 11 korrigiert werden müssten.

Kreisrat Walter merkt an, dass in den vergangenen beiden Jahren bereits 1,8 Mio. € für diese Maßnahme zur Verfügung gestellt wurden. Nachdem sich die Maßnahme aufgrund diverser Unwägbarkeiten verzögert hat, wirft Kreisrat Walter die Frage auf, ob im Jahr 2011 der Ansatz von 500.000 € benötigt wird oder dieser zurückgefahren werden könnte, nachdem auch noch Haushaltsreste zur Verfügung stehen.

Landrat Sailer verweist auf den vom Bau- und Umweltausschuss gefassten Beschluss. Ergänzend dazu legt **Herr Seitz** dar, dass diese Beträge im Schul- und Kulturausschuss nur nachrichtlich dargestellt werden. Über die Höhe der Haushaltsansätze berate der Bau- und Umweltausschuss und gebe entsprechende Empfehlungen an den Kreisausschuss ab. Bei der Erweiterung der Realschule Zusmarshausen wurde der Ansatz in der ersten Lesung von 500.000 € auf 750.000 € erhöht, nachdem noch die Verlegung des Allwetterplatzes und des Regenwasserkanals notwendig werden. In der zweiten Lesung habe der Bau- und Umweltausschuss angesichts der aus Vorjahren noch vorhandenen Haushaltsrest den Ansatz wieder auf die ursprünglich vorgesehenen 500.000 € zurückgefahren. Insgesamt belaufen sich die Kosten für die Maßnahme mittlerweile auf 2.975.000 €, weshalb eine höhere Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2012 vorgesehen werden muss.

HhSt. 2351.5390, Fortschreibungsliste (Gymnasium Gersthofen – Miete für zusätzliche 5 Schulraumcontainer)**Lfd. Nr. 65, Fortschreibungsliste (Gymnasium Gersthofen – Containerausstattung)**

Die unter TOP 1 beschlossenen Beträge in Höhe von 20.000 € für Containermiete und 25.000 € für die Ausstattung sind bei dieser Position in den Haushalt aufzunehmen.

Kreisrätin Grünwald kommt auf die UGr. 9350 (vermögenswirksame Schulausstattung) für alle Schulen zu sprechen. Der Ansatz für das Paul-Klee-Gymnasium sei mit 31.000 € relativ hoch. Gleiches gelte für den auf der Zusatzliste stehenden Betrag für Diedorf. Darin seien Whiteboards inbegriffen. Kreisrätin Grünwald bittet um Auskunft, wie sich diese Beträge zusammensetzen und bei welchen Schulen Whiteboards in den Ansätzen enthalten sind.

Herr Falkenhein erläutert, dass die Whiteboards der UGr. 9353 (Neubeschaffung Hardware) zugeordnet sind. Hierbei orientiere man sich an den Beratungen des letzten Jahres, wonach zunächst eine Annäherung an den bayernweiten Durchschnitt pro Schule erfolgen soll. Schulen, die schon über zwei oder drei Whiteboards verfügen, wurden nicht berücksichtigt.

Kreisrätin Grünwald verweist auf die Zusatzliste, in der die Whiteboards für das Gymnasium Diedorf unter der UGr. 9350 aufgeführt sind. **Herr Falkenhein** erklärt, dass es sich hierbei um einen Redaktionsfehler handelt und bittet um entsprechende Korrektur.

Auf Bitte von **Kreisrätin Grünwald** erläutert **Herr Falkenhein** daraufhin, um welche Beschaffungen es sich bei der Position vermögenswirksame Schulausstattung handelt.

Lfd. Nr. 87, Fortschreibungsliste (Gymnasium Königsbrunn – Digitales schwarzes Brett)

Von der Schulleitung wurde ein digitales schwarzes Brett mit einem Gesamtaufwand von 9.600 € beantragt, wobei hiervon 3.000 € im Zuge der Generalsanierung vorgesehen sind. Sollte der Schul- und Kulturausschuss dem Antrag entsprechen, müsste ein zusätzlicher Betrag von 6.600 € in den Haushalt aufgenommen werden.

Kreisrat Jahn stellt die Frage, inwieweit die Beschaffung des digitalen schwarzen Bretts im Rahmen der Sanierung notwendig sei. Falls dies nicht notwendig wäre, würde die CSU-Fraktion dazu neigen, generell für alle Schulen ein Konzept zu entwickeln, wie die Versorgung mit digitalen schwarzen Brettern vorgenommen werden soll. Die Maßnahmen sollten dann nach und nach in den nächsten Haushalten realisiert werden.

Landrat Sailer nimmt die Anregung auf, dass die Verwaltung in Abstimmung mit den Schulen ein Konzept entwickeln und die Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen nochmals grundlegend diskutiert werden sollte.

Kreisrat Kolb fragt nach, um wie viele schwarze Bretter es sich handelt. In diesem Fall sind laut **Herrn Falkenhein** drei digitale schwarze Bretter vorgesehen. Das Gymnasium Königsbrunn habe viele große Gebäudeteile. Die Vertretungspläne werden auch jetzt bereits in vielen Gebäudeteilen ausgehängt. Die Schule erhoffe sich von den digitalen schwarzen Brettern eine Arbeitsvereinfachung, da die Monitore zentral angesteuert und in den drei Gebäudeteilen dann der Vertretungsplan präsentiert werden könne. Herr Falkenhein erinnert daran, dass im vergangenen Jahr die Prioritätenliste in der IT-Ausstattung vorgestellt wurde. Die digitalen Schwarzen Bretter befinden sich in der Prioritätsstufe 7, da diese nicht zwingend zur Versorgung des IT-Bedarfs der Schule notwendig seien. Natürlich sei es sinnvoll, entsprechende Verkabelungen jetzt im Rahmen der Sanierung vorzusehen. Diese Vorbereitungen hätten Hoffnungen bei der Schulleitung geweckt.

Kreisrätin Grünwald möchte wissen, wie hoch die Summe sei, die jetzt in die Vorbereitungen investiert wurde. **Herr Falkenhein** erklärt, dies könne man kaum errechnen, da ohnehin im Zuge der Sanierung Kabel gezogen werden mussten. Es handle sich hierbei mit Sicherheit um keinen allzu großen Betrag. Eine nachträgliche Installation wäre hingegen mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden.

Herr Buhl berichtet, dass er mit Herrn Falkenhein deshalb hierüber gesprochen habe, weil er vom Elternbeirat angegangen wurde. Ihm wurde jedoch nicht gesagt, dass es sich um drei Geräte handelt. Wenn der Schule diese digitalen schwarzer Bretter besonders wichtig seien, dann könnte sie diese auch aus dem ihr zur Verfügung stehenden Budget beschaffen.

Im Anschluss daran sprechen sich die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses gegen eine Mittelbereitstellung im Haushalt und für eine grundlegende Besprechung der Thematik in einer der nächsten Sitzungen aus.

Lfd. Nr. 105, Zusatzliste (Gymnasium Diedorf – 4 Whiteboards)

Herr Seitz bittet zunächst um Korrektur der Haushaltsstelle sowie der Lfd. Nr. 103 auf Lfd. Nr. 105. Vom Gymnasium Diedorf werden vier weitere elektronische Tafeln beantragt. Nach dem Konzept des Schul- und Kulturausschusses wäre der Bedarf mit den vorhandenen 3 Whiteboards aber bereits gedeckt.

Von **Kreisrat Hölzl** wird ein AZ-Artikel mit der Überschrift „Die Schulen bleiben die großen Baustellen des Kreises“ angesprochen. Darin sei von einer Machbarkeitsstudie für das Gymnasium Diedorf die Rede gewesen. Landrat Sailer sei ebenfalls zitiert. Demnach stehe das Ergebnis der Machbarkeitsstudie ins Haus, während dann darüber entschieden werde, ob gegenüber dem Bahnhof gebaut werde oder nicht. Kreisrat Hölzl erklärt, er sei etwas irritiert, da man hierüber noch nie gesprochen habe.

Landrat Sailer entgegnet, dass dies der Fall gewesen sei. Es wurde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die aufzeigen werde, wie der Raumbedarf am Gymnasium Diedorf gedeckt werden könne. Hierfür gebe es drei Alternativvorschläge, nämlich die Benutzung des Hauptschulgebäudes plus Ergänzungsbau oder die Nutzung von Räumen aus der Hauptschule und die Deckung des zusätzlichen Bedarfs in einem zweiten Bauabschnitt am Standort, denen die Wirtschaftlichkeit eines Neubaus beim Bahnhof gegenüberzustellen sei. Die Kreisgremien seien anschließend gefordert zu sagen, welche der drei Varianten sie umsetzen wollen.

Hierüber zeigt sich **Kreisrat Hölzl** überrascht. Dies sei ihm nicht bekannt gewesen. In der Vergangenheit habe man bei der Diskussion die möglichen beiden Standorte für ein neues Gymnasium sowie den dritten Standort bei der Hauptschule thematisiert. Er sei bisher in allen Diskussionen davon ausgegangen, dass es beim Standort bei der Hauptschule bleiben soll, dass Räume bei der Hauptschule angemietet sowie durch eine entsprechende Erweiterung der Bestand des notwendigen Raumprogramms gesichert werde.

Landrat Sailer betont, eine solche Entscheidung könne man nur dann auf den Weg bringen, wenn klar sei, dass dies nach Abwägung aller Alternativen die wirtschaftlichste und vernünftigste Lösung sei. Nicht mehr werde man in der Machbarkeitsstudie darstellen. Auch für die Beruflichen Schulen Neusäß werden derzeit zwei Alternativen gegenübergestellt, so dass man zeitnah darüber entscheiden könne, in welche Richtung es dort weitergehen könne.

Herr Püschel erläutert, die Priorität dieser Machbarkeitsstudie liege zunächst auf der Frage, ob ein Gymnasium in der Größenordnung, wie es in Diedorf entstehen soll, im Gebäude der jetzigen Mittelschule unterbringbar sei bzw. was geschehen müsse, um es dort unterzubringen. Derzeit stehen 10 Mio. € unter der Annahme im Haushalt, dass man an diesem Standort mit einigen Bauteilen auskomme. Sollte sich herausstellen, dass dies aus welchen Gründen auch immer nicht machbar sei oder das Gebäude nicht in Gänze zur Verfügung stehe, werde man Alternativen bieten müssen. Das Kultusministerium frage bereits nach, wie es weitergehen soll. Dies werde man demnächst darstellen müssen.

Kreisrat Hölzl merkt an, er sei lernfähig. Ihm sei nur nicht bekannt gewesen, dass dazu eine Machbarkeitsstudie gefertigt werde.

Herr Püschel teilt mit, dass hierüber im Schul- und Kulturausschuss nicht dezidiert gesprochen wurde. Dies sei eine Frage, die wohl im Bau- und Umweltausschuss besprochen wur-

de. Es sei bei jedem Sanierungsvorhaben so, dass entsprechende Machbarkeitsstudien erstellt werden.

Der Schul- und Kulturausschuss spricht sich anschließend gegen die Aufnahme eines Ansatzes für 4 Whiteboards in den Haushalt 2011 aus.

HhSt. 2356.5310, Fortschreibungsliste (Gymnasium Diedorf – Anmietung von Räumen)

Herr Seitz verweist auf die nichtöffentliche Sitzung, in der dieser Punkt noch zur Beschlussfassung ansteht. Ein entsprechender Betrag wurde bereits in den Haushalt aufgenommen.

Lfd. Nr. 89 (Gymnasium Königsbrunn – Neubau Sporthalle)

Kreisrat Reisbacher teilt mit, dass die Dreifachsporthalle in Mering 4,4 Mio. € gekostet habe, weshalb er wissen möchte, warum diese Sporthalle so teuer ist.

Landrat Sailer sichert die Abklärung durch die Verwaltung zu, welche Unterschiede bei den beiden Hallen vorhanden sind.

Zur **Entwicklung der Schülerzahlen** verweist **Kreisrat Hölzl** darauf, dass die Franziskus-schule die einzige Schule sei, die leicht zurückgehende Schülerzahlen habe. Er habe sich diese Zahlen deswegen angesehen, weil unter TOP 1 auch darüber diskutiert wurde, ob in Gersthofen möglicherweise in der angrenzenden Hauptschule eine freie Raumkapazität nutzbar sei. Auch Räume in der Franziskus-schule wurden hierfür angedacht. Von dort sei allerdings die Mitteilung gekommen, dass selbst dringender Raumbedarf bestehe. Dies habe ihn aufgrund der etwas rückläufigen Zahlen verwundert, so **Kreisrat Hölzl**.

Herr Falkenhein legt dar, dass in allen Förderschulen aufgrund der unterschiedlichen differenzierten Angebote und zusätzlicher Einrichtungen (SPT, HPT, offenes und gebundenes Ganztagsangebot) Raumkapazitäten tendenziell eher nicht vorhanden seien. Die Franziskus-schule sei die einzige Förderschule, die bisher noch nicht mit dem Aufbau eines gebundenen Ganztagszugs begonnen habe, und zwar auch vor dem Hintergrund der bestehenden Raumengpässe.

Zuletzt wurden weitere Räume wie z. B. der Physikvorbereitungsraum umgewidmet, der jetzt als Aufenthaltsraum für die offene Ganztagsbetreuung verwendet werde. Die offene Ganztagsbetreuung sei bisher in reinen Kellerräumen untergebracht gewesen. Auch vor dem Hintergrund im Moment rückläufiger Schülerzahlen sei ein Überangebot an Räumen nicht erkennbar. Die Schulleitung habe mit der Verwaltung schon darüber gesprochen, ob in der nebenan von der Stadt Gersthofen betriebenen Musikschule zumindest zeitweise Räumlichkeiten angemietet werden könnten. Soweit es vom Brandschutz her möglich gewesen sei, wurden auch die Gangenden umgewidmet, um Räume für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen zur Verfügung zu haben, die zeitweise in der Schule tätig sind.

Herr Falkenhein betont, dass man es bisher mit viel gutem Willen seitens der Schulleitung und manchen Ideen seitens der Hochbauverwaltung geschafft habe, das dringendste Raumbedürfnis abzupuffern. Es sei jedenfalls nicht möglich, noch Räume für das Gymnasium freizumachen.

Kreisrat Walter stellt fest, man habe es hier mit etwas zu tun, was man eigentlich früher schon einmal hatte, nämlich mit der Inklusion. Er fragt nach, ob schon in irgendeiner Weise eine Vorstellung vorhanden sei, was dies für die Förderschulen letztendlich bedeuten würde.

Klare Vorstellungen hierzu gibt es laut **Herrn Falkenhein** noch nicht. Die Schulen wüssten selbst nicht, was diese Inklusion bedeuten soll, ob Schüler künftig vermehrt an den bisherigen Regelgrundschulen verbleiben oder an den Regelhaupt-, Mittel- oder Realschulen etc. Bisher wurde lediglich darüber informiert, dass diese Schulen in ihrer derzeitigen Form weiter

bestehen, dass man aber den Weg öffnen wolle, damit einzelne Schüler verstärkt die Möglichkeit haben, in den Regelschulen beschult zu werden. Die Förderschulen sehen hier für sich momentan keine große Entlastung, sondern kennen nur die tendenzielle Vorgabe des Kultusministeriums, dass sie eigentlich sukzessive – vor welchem Hintergrund auch immer – Klassen abbauen sollten. Die Schulen wiederum erklären immer wieder, dass sie Wartelisten haben, was die Zahl der Schüler anbelangt, die ihre Schule besuchen sollten, hierfür aber nicht genügend Platz und Lehrer vorhanden seien.

Kreisrat Walter meint, es könne passieren, dass dem Landkreis in diesem Bereich wieder eine ganze neue Entwicklung in Form eines zusätzlichen Raumangebotes begegne, das man aber heute noch nicht ermessen könne.

Von **Kreisrat Buhl** wird mitgeteilt, dass auch der Bezirk nahe an diesem Thema dran sei. Es gebe Förderschulen, die genau umgekehrt denken und hinterfragen, warum die Regelschulkinder nicht in ihre Einrichtungen kommen, da sie über Platz und ausgebildete Lehrkräfte verfügen. Die jetzigen Pädagogen in den Regelschulen können mit diesem Problem noch gar nicht so umgehen, wie dies dann eigentlich erforderlich wäre. Hier müsse in der Ausbildung der Pädagogen noch etwas nachgesteuert werden. Im Landtag bestehen dazu schon fraktionsübergreifende Arbeitsgruppen, die sich angesehen haben, wie das Problem in anderen Ländern angegangen werde. Kreisrat Buhl betont, dies werde sicherlich eine spannende, aber auch sehr kostspielige Herausforderung, die alle Lebensbereiche betreffen werde. Dies sei nicht nur eine Frage der Schulen.

Lfd. Nr. 205, Zusatzliste (Vorbereitung Kulturwoche zeitgenössischer Kunst 2012)

Zusätzlich zu den bislang im Haushalt vorgesehenen 1.000 € sollen weitere 5.000 € aufgenommen werden.

Kreisrat Jahn führt aus, die CSU-Fraktion sehe diese Position im Zusammenhang mit dem 40-jährigen Jubiläum des Landkreises, wofür eine Reihe von Aktivitäten und Veranstaltungen geplant seien. Unter dieser Voraussetzung sei es sicherlich auch notwendig, die Kultur im Landkreis darzustellen, weshalb die CSU-Fraktion dieser Mehrung zustimmen würde.

Die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses sprechen sich einstimmig für eine Ansatzserhöhung von 1.000 € auf 6.000 € aus.

Lfd. Nr. 208 (Volkskundemuseum Oberschönenfeld – Erstattung des Betriebskostendefizits gemäß Zweckvereinbarung)

Kreisrat Buhl informiert über das in der vorigen Woche stattgefundenene, alljährliche Treffen des Arbeitskreises. Dabei wurde von einem Architekten sehr eindrucksvoll vorgestellt, welche neuen musealen Ideen der Bezirk in den ehemaligen Schafstall einbringen möchte. Dies habe den Arbeitskreis sehr überzeugt. Man sei auf einem guten Weg.

Landrat Sailer fragt nach, ob es sich anbieten würde, hierüber im Ausschuss einmal umfangreicher zu berichten.

Kreisrat Hölzl teilt mit, dass bis zum Jahresende die Umbaumaßnahme „Schafstall“ zum Abschluss gebracht werden soll. Es wäre fast sinnvoller, anschließend eine Sitzung vor Ort abzuhalten.

Kreisrätin Huber meint, dass man dann vielleicht auch erklären könne, inwieweit sich der Landkreis in das laufende Programm einbringen könne.

Was das laufende Programm betrifft, so wurde laut **Kreisrat Buhl** auch darüber diskutiert, dass Künstler, die im Landkreis schon Preisträger waren, regelmäßig alle zwei Jahre Ausstellungen in Oberschönenfeld machen können. Solche Dinge seien somit angedacht und im Jahresprogramm mittlerweile ein fester Bestandteil. Auch die vorgelegten Zahlen waren gut. Im vergangenen Jahr seien es über 32.000 Besucher im Museum und darüber hinaus etwa 17.500 Besucher von sonstigen Events gewesen.

Lfd. Nr. 209, Fortschreibungsliste (Volkskundemuseum Oberschönenfeld – Investitionszuschuss an Bezirk)

Aufgrund der Mitteilung des Bezirks Schwabens, dass die Investitionszuschüsse etwas reduziert werden können, erfolgte eine Anpassung des Ansatzes um 53.000 € auf 129.000 €.

Lfd. Nr. 210, Zusatzliste (Abtei Oberschönenfeld – 800-jähriges Gründungsjubiläum/Druckkostenzuschuss für Klosterbuch und Chronik)

Zum 800-jährigen Gründungsjubiläum wird ein Druckkostenzuschuss zur Jubiläumsschrift und zur Chronik in Höhe von 4.000 € beantragt.

Diesem Ansatz stimmt **Kreisrat Jahn** im Namen der CSU-Fraktion zu. Die Abtei Oberschönenfeld sei ein Aushängeschild des Landkreises und das 800-jährige Jubiläum eine einmalige Gelegenheit, die unterstützt werden sollte.

Der Ausschuss befürwortet einstimmig die Aufnahme des Ansatzes in Höhe von 4.000 € in den Haushalt.

Lfd. Nr. 212, Zusatzliste (Scherer-Galerie Dinkelscherben – Ankauf von 6 Farbskizzen von Joseph Scherer)

Herr Seitz teilt mit, dass der zunächst unbezifferte Zuschussantrag aufgrund der Kostenaufstellung mit 5.000 € beziffert wurde. Dieser Betrag habe sich nun aufgrund weiterer Zuschussgeber relativiert. Der Wunsch der Scherer-Galerie für den Ankauf der 6 Farbskizzen belaufe sich noch auf 500 – 1.000 €.

Der Ausschuss erklärt sich mit einem Betrag in Höhe von 1.000 € einverstanden.

HhSt. 3000.7090, Fortschreibungsliste (Kunstschule Diedorf – Projekt BILDARIUM)

Die Kunstschule Diedorf hat auf die Dauer von 3 Jahren unter anderem einen Zuschussantrag an den Landkreis Augsburg gerichtet, das Projekt BILDARIUM in Höhe von 4.000 €/Jahr zu unterstützen. **Herr Seitz** teilt mit, dass dieser Antrag erst deutlich nach der Antragsfrist eingegangen sei, weshalb er nicht mehr behandelt werden bräuchte. Die Kulturverwaltung habe den Antrag aber deshalb mit auf die Liste genommen, weil es sich um eine Kofinanzierung handle.

Landrat Sailer berichtet, er habe mit Herrn Ostermeier heute noch über diesen Antrag gesprochen. Herr Ostermeier habe erklärt, dies sei ein interessantes Thema, das man in den Werk- und Kunstunterricht einfließen lassen könnte. Das Projekt müsste jedoch pädagogisch noch an der einen oder anderen Stelle konzeptionell ergänzt werden. Der Markt Diedorf habe bereits einen Betrag in gleicher Höhe in Aussicht gestellt. Es werde vorgeschlagen, in diesem Jahr auch aufgrund des zu spät eingegangenen Antrags keine Mittel mehr bereitzustellen. Frau Kugelmann-Schmid sollte gebeten werden, das Thema gemeinsam mit dem Schulamt inhaltlich weiterzuentwickeln und in einer der nächsten Schul- und Kulturausschusssitzungen zu präsentieren. Anschließend könnte man das Projekt gemeinsam mit dem Markt Diedorf im Jahr 2012 auf den Weg bringen.

Der Schul- und Kulturausschuss erteilt die Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Lfd. Nr. 214 (Jugendkulturpreis)

Kreisrätin Huber weist darauf hin, dass der Jugendkulturpreis nun ausschließlich vom Jugendhilfeausschuss betreut werde, weshalb der Ansatz herausgenommen werden müsste. **Herr Seitz** erklärt, dass der Ansatz im Jugendhilfehaushalt vorgesehen sei und dies als nachrichtliche Darstellung betrachtet werden sollte, bevor man den Ansatz im nächsten Jahr dann ganz wegfällen lassen könne. Der Jugendhilfeausschuss habe sich in seiner letzten Sitzung bereits auf ein Thema festgelegt.

Lfd. Nr. 217, Zusatzliste (Klang & Bilder Gersthofen – Herstellung einer CD „Augsburg & drumrum“

Kreisrat Jahn erklärt, seine Fraktion sehe dies eher als gewerbliche Angelegenheit, die nicht unbedingt etwas mit dem Landkreis zu tun habe. Insofern wolle man von der Einstellung eines Betrages in den Haushalt absehen.

Der Schul- und Kulturausschuss schließt sich dieser Auffassung an.

Lfd. Nr. 221 a) (Zuschuss an die Volkshochschule Augsburg Land – Betriebszuschuss einschl. Aufwand für Miete und Bewirtschaftung)

Kreisrat Walter fragt nach dem Grund für die Ansatzserhöhung, während sich **Kreisrätin Grünwald** nach dem Ergebnis 2010 erkundigt.

Das Gesamtjahresergebnis bei der Lfd. Nr. 221 betrug laut **Herrn Seitz** 425.000 €. Er könne dies jedoch jetzt nicht auf die einzelnen Positionen herunterbrechen.

Kreisrätin Grünwald stellt fest, dass der Umzug zum Jahreswechsel 2009/10 erfolgt sei, weshalb der Ansatz deshalb schon im letzten Jahr hätte höher sein müssen.

Landrat Sailer weist darauf hin, dass der ursprünglich unter Buchstabe c) enthaltene durchzubuchende Zuschuss für Sachbedarf und Bewirtschaftung künftig im Ansatz für den Betriebszuschuss unter Buchstabe a) enthalten sei. Aufgrund dessen ergebe sich der höhere Ansatz.

HhSt. 3500.7180, Fortschreibungsliste (Volksbildung – Lernende Region)

Der Begriff „Lernende Region“ ist als Arbeitstitel zu werten. Zukünftig soll dies unter dem Begriff „Bildungslandkreis Augsburg“ firmieren. Hierfür sind 10.000 € auf der Fortschreibungsliste zur Aufnahme in den Haushalt vorgemerkt. Das weitere Konzept kann in einer der nächsten Sitzungen präsentiert werden.

Kreisrat Jahn erinnert an den bereits unternommenen Anlauf im vergangenen Jahr, dies im Schul- und Kulturausschuss am Beispiel des Landkreises Bad Tölz vorzustellen. Der Verschiebung wie auch der ganzen Aktion wurde damals zugestimmt. Insofern müsse nun konsequenterweise ein Betrag für 2011 vorgesehen werden.

Der Schul- und Kulturausschuss befürwortet die Aufnahme von 10.000 € in den Kreishaushalt 2011.

Lfd. Nr. 227, Fortschreibungsliste (Heimatbuch – 0-Band)

Bereits in der ersten Lesung wurde vereinbart, den Ansatz auf 25.000 € zu erhöhen und stattdessen den Ansatz bei **Lfd. Nr. 228 (Beiträge zur Heimatkunde)** auf null zu fahren. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage gestellt, wie viele Exemplare der jeweiligen Bände noch verfügbar sind.

Von der Mitarbeiterin des Kreisheimatpflegers wurden dazu folgende Zahlen mitgeteilt:

Band 0, Einführungsband	vergriffen
Band 1, Landschaft und Natur	50 Exemplare
Band 2, Vor- und Frühgeschichte	70 Exemplare
Band 3, Herrschaft und Politik	vergriffen
Band 4, Bauern, Handwerker und Arbeiter	20 Exemplare
Band 5, Kirchengeschichte und Volksfrömmigkeit	vergriffen
Band 6, Kunstgeschichte	25 Exemplare
Band 7, Brauchtum	vergriffen
Band 8, Häuser, Möbel und Trachten	vergriffen

Im Zusammenhang mit der Neuauflage von Band 0 informiert **Kreisrat Jahn** darüber, dass er nach Rücksprache mit Prof. Dr. Pötzl erfahren habe, dass er mit den Arbeiten etwas in Zeitdruck geraten könnte, weshalb er nichts dagegen hätte, das Ganze um ein Jahr zu schieben.

Kreisrat Hölzl meint, dass man die Neuauflage im Jahr 2012 dann aber ernsthaft ins Auge fassen sollte. Prof. Dr. Pötzl habe ihn nachdrücklich darum gebeten, auch darauf hinzuweisen, da er heuer mit den Vorarbeiten beginnen möchte und deshalb eine Sicherheit benötige.

Lfd. Nr. 231, Zusatzliste (Heimatverein für den Landkreis Augsburg – Erhöhungsantrag für den allgemeinen Zuschuss und die Bezuschussung der Seminarreihen)

Der Heimatverein hat wie alljährlich eine Erhöhung des allgemeinen Zuschusses von 5.900 € auf 6.000 € sowie eine Erhöhung bei der Bezuschussung der Seminarreihen von 2.900 € auf 3.000 € beantragt.

Die Zuschusserhöhung um 200 € wird vom Schul- und Kulturausschuss einstimmig befürwortet.

Auf anschließende Nachfrage von **Kreisrätin Grünwald** nach dem Sachstand für die Prämierung „Modernes Bauen“ verweist **Herr Seitz** auf die **Lfd. Nr. 232 (Wettbewerb „Vorbildliches Bauen im Augsburger Land“)**.

Kreisrat Reisbacher erkundigt sich nach der Ausschreibung hierfür.

Landrat Sailer sichert zu, das Thema in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen, damit die Ausschreibung rechtzeitig erfolgen und die Prämierung im Herbst stattfinden könne.

Lfd. Nr. 2 (Zentraler Internetzugang Landkreisschulen)**Lfd. Nr. 2 a (Kostenerstattung an Schulen in kirchlicher Trägerschaft sowie Freie Waldorfschule Augsburg)****Lfd. Nr. 2 b (Ganztagsbetreuung für Realschulen, Gymnasien und Förderschulen)**

Kreisrat Walter erbittet um Hintergrundinformationen zu diesen drei Positionen.

Herr Falkenhein erläutert, dass alle Schulen über den zentralen Server mit einem Internetzugang versorgt werden, so dass der Schutz vor Viren und sonstigen schädlichen Programmen sichergestellt werden könne. Dieses System habe man in den letzten Jahren aufgebaut. Beim Ansatz handle es sich um die Zugangskosten, mit denen die Schulen im Umrechnungsverfahren belastet werden. Die Softwarebeschaffung erfolge zentral für die vom Landkreis einheitlich ausgestatteten Räume. Dabei handle es sich vor allem um Standard-Software. Dadurch sei auch eine saubere Lizenzverwaltung möglich. Derzeit seien zwei Personen im EDV-Sachgebiet allein für die Betreuung der Schulen vor Ort zuständig. Hierfür sei auch ein Betrag für Reparatur- und Kleinteile vorgesehen. Den größten Anteil bei dieser Position nehmen der zentrale Internetzugang über den Provider sowie die Softwarekosten ein.

Zur Kostenerstattung an Schulen in kirchlicher Trägerschaft verweist Herr Falkenhein auf die Vereinbarung, mit der zunächst ausgehend von dem Bedarf des Schulwerks der Diözese begonnen wurde. Aufgrund eines Kreistagsbeschlusses werden für jeden Schüler in einer Schule kirchlicher Trägerschaft 50 € pro Jahr zugestanden. Dieser Betrag sei erheblich niedriger als ein normaler Gastschülerbeitrag.

Die nachfolgenden Anträge anderer Träger (Evang. Kirche/Stetteninstitut, Oberstufe der Freien Waldorfschule) wurden ebenfalls entsprechend behandelt. Der Landkreis erhalte jeweils zum Stichtag 30.9./1.10. die Schülerzahlen übermittelt und nehme dann die Auszahlung vor.

Hinsichtlich der Ganztagsbetreuung gebe es ein Konzept des Freistaates Bayern. In Schulen, in denen eine offene oder gebundene Ganztagsbetreuung eingerichtet sei, erfolge je Gruppe eine Kofinanzierung durch den Landkreis. Die Summe errechne sich anhand der tatsächlichen Gruppen in den jeweiligen Schulen. Die Angelegenheit wurde dem Schul- und Kulturausschuss wiederholt zur Beratung vorgelegt und überlegt, ob eine Deckelung pro Schule erfolgen sollte. Bisher habe der Ausschuss die Meinung vertreten, dies offen zu halten. Es habe sich gegenüber dem Vorjahr bei den Zahlen keine große Veränderung ergeben.

Beschluss:

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss die Aufnahme der in der Vorlage enthaltenen Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen in den Kreishaushalt 2011.

Die ergänzte Schul- und Kulturausschussvorlage zum Kreishaushalt 2011 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

TOP 3 Verschiedenes

- keine Vorlagen –

TOP 4 Wünsche und Anfragen

Kreisrat Buhl greift das Thema Schülerbeförderung auf. Es sei keine glückliche Entscheidung gewesen, bei der Ausschreibung auf Kontrollen zu verzichten. Wenn man mit offenen Augen oder ganz gezielt durch den Landkreis fahre, dann bekomme man schon einen Schrecken. Kreisrat Buhl erinnert an den vor kurzem passiert Unfall in Gersthofen. Kurz vorher befanden sich noch jede Menge Schüler in diesem Bus. Reisebusse, die keine Zulassung für Stehplätze haben, befördern im Landkreis jede Menge Kinder. Kreisrat Buhl bittet deshalb darum, nochmals auf die Unternehmen zuzugehen und darum zu bitten, dass dies künftig – falls es bisher gemacht wurde – zu unterlassen sei. Kreisrat Buhl äußert, er habe Sorge, dass ansonsten etwas Schreckliches auf den Landkreis und damit auch auf den Landrat zukommen könnte.

Ferner merkt er an, dass er noch einige weitere Punkte hätte, die man aufarbeiten könnte. Zur Haltestelle am Breitweg Schwabmünchen sei festzustellen, dass inzwischen wohl irgendein Dritter eingewirkt habe, da sich die Situation zum Positiven verändert habe. Von 10 Bussen, die dort morgens auf der Westseite halten, queren allenfalls noch 10 – 12 Kinder die Straße. Alle anderen Kinder nutzen nun den vorhandenen Tunnel.

Eine Katastrophe sei nach wie vor der morgendliche Verkehr auf dem Schulgelände selbst, so Kreisrat Buhl. Eventuell könne die Stadt Schwabmünchen nochmals aufgefordert werden, dort eine verkehrliche Entzerrung z. B. in der Form vorzunehmen, dass die Privat-Pkws morgen nur noch Richtung Osten hinein- und hinausfahren dürfen und somit Privat- und Busverkehre strikt voneinander getrennt wären. Dann könnten die Busse die kalkulierten Zeiten auch schaffen. Nicht vorstellbar sei es, dass für die Straße zu bestimmten Zeiten keine Kilometerbeschränkung eingeführt werden könne. Kreisrat Buhl verweist darauf, dass man eigentlich Busse, die die Warnblinkanlage anhaben und Kinder aussteigen lassen, nicht überholen dürfe. Ihm sei es jedoch passiert, dass er von einem anderen Busfahrer deshalb bedrängt wurde, so dass ihm nichts anderes übrig geblieben sei, als im Schritttempo am stehenden Bus vorbeizufahren.

Kreisrat Buhl erklärt, er wolle diese Dinge nun nicht weiter ausbreiten, sondern werde mit dem betreffenden Busunternehmer diesbezüglich selbst Kontakt aufnehmen. Er möchte jedenfalls nicht, dass dies negativ auf den Landkreis zurückfalle. Deshalb sollte zumindest angedeutet werden, dass es eine gewisse Kontrolle gebe.

Herr Püschel merkt an, er sei dankbar für jeden Hinweis. Wenn es aber konkrete Hinweise gebe, dass Busse unterwegs seien, die für Stehplätze im Schülerverkehr keine Zulassung haben, dann wolle er die Kennzeichen dieser Busse haben. **Kreisrat Buhl** erklärt, diese könne er nachliefern.

Was die Kontrollen betrifft, so sollen diese laut **Herrn Püschel** nicht nur gelegentlich gemacht, sondern vertraglich in Zusammenarbeit mit einem entsprechenden Unternehmen institutionalisiert werden. Man habe jetzt mit einigen Unternehmen Kontakt gehabt, die dem Grunde nach dazu in der Lage seien. Von diesen wurde mitgeteilt, dass sie es gerne machen würden, es solche Kontrollen im freigestellten Schülerverkehr aber bisher noch nicht gebe und somit keine Erfahrungswerte vorliegen. Unabhängig davon komme das für den AVV tätige Unternehmen aus Gründen, die Herr Püschel jetzt nicht näher bezeichnen möchte, für den Landkreis nicht in Frage.

Insgesamt wurden vier Unternehmen angeschrieben, von zwei Unternehmen liegen inzwischen Angebote vor. Sobald alle Angebote eingegangen sind, werde man hierüber wieder im

Schul- und Kulturausschuss sprechen. Herr Püschel betont, das Ganze solle nicht nur auf dem Papier stehen, sondern dann wirklich vor Ort gelebt werden. Der Landkreis werde hier gewissermaßen eine Vorreiterrolle einnehmen.

Ergänzend dazu berichtet **Herr Falkenhein**, dass in der Leistungsbeschreibung der Verträge die Vorlage monatlicher Statusberichte festgelegt sei. Eine solche Regelung habe es in früheren Verträgen bisher nicht gegeben. Diese monatlichen Statusberichte werden entsprechend der vertraglichen Grundlagen derzeit aufgebaut und müssen von den Busunternehmern unaufgefordert abgegeben werden. Darin sei über vorgefallene Probleme zu berichten. Die Statusberichte werden dann an die betroffenen Schulen zur Kontrolle herausgegeben und diese gebeten, die Berichte um ihre Beobachtungen zu ergänzen. In der Konsequenz könne dies dazu führen, dass der Landkreis von seinem Malusrecht Gebrauch machen und die Zahlungen z. B. bei ausgefallenen Fahrten kürzen könne.

Herr Falkenhein erklärt weiter, dass auf dieser Grundlage bereits erste Kontrollen durchgeführt werden können, die man vorher in dieser Form ebenfalls noch nie durchgeführt habe. Nachdem man damit Neuland betrete, müsse sich das Ganze allerdings erst noch einspielen.

Kreisrätin Huber erinnert daran, dass in Schwabmünchen gerade ein Schulverkehrsgutachten erstellt werde. Mit der Fa. Schuler habe sie ebenfalls über das Thema gesprochen. Sie könne die gemachten Anmerkungen in das Gespräch mit dem Gutachter einbringen, der heute Abend wegen eines anderen Themas in Schwabmünchen sei.

24. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses 25.01.2011